

18. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Beteiligung des Landes Berlin am europaweiten autofreien Tag – Einführung eines fahrscheinlosen Tages im öffentlichen Personennahverkehr

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Berliner Senat wird aufgefordert, sich künftig jedes Jahr in Zusammenarbeit mit den Berliner Verkehrsunternehmen, Mobilitätsverbänden und den Bezirken im Rahmen der Europäischen Mobilitätswoche am europaweiten autofreien Tag zu beteiligen. An diesem Tag sollen mit sichtbaren Aktionen und Maßnahmen die Stärken des Umweltverbundes und die damit verbundenen Vorteile für die Bürgerinnen und Bürger in den Vordergrund gestellt werden. In Zusammenarbeit mit den Bezirksämtern und der Zivilgesellschaft sollen an diesem Tag Straßen oder Straßenabschnitte zu autofreien Zonen erklärt werden, z.B. die Friedrichstraße oder der Kurfürstendamm.

Als eine erste künftig jährlich wiederkehrende Maßnahme wird an diesem Tag ein fahrscheinloser Tag eingeführt, d.h. die Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs wird entgeltfrei erfolgen. Entsprechende Mindereinnahmen sind durch das Land Berlin auszugleichen. Mit dem Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) sowie der BVG und der S-Bahn sind frühzeitig Gespräche zu führen, welche ÖPNV-Verbindungen an diesem Tag weiter verstärkt werden können. Sowohl die Auswirkungen als auch die Akzeptanz des „fahrscheinlosen Tags“ wird der Senat auswerten lassen.

Darüber hinaus wird der Senat Gespräche im Rahmen des Verkehrsverbunds Berlin-Brandenburg (VBB) aufnehmen, mit dem Ziel, künftig jährlich einen fahrscheinlosen Tag im Gebiet des gesamten Verkehrsverbunds zu realisieren.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. Mai 2020 über die Konzeptionierung und Umsetzung zu berichten.

Begründung

Der autofreie Tag findet jährlich europaweit am 22. September statt.

Der Gedanke, einen Tag im Jahr generell auf den Gebrauch des Autos zu verzichten, wird bereits in einer Vielzahl von Kommunen und Städten praktiziert.

Zahlreiche Kommunen in Deutschland, in der Schweiz, in Österreich und anderen europäischen Ländern haben in der Vergangenheit entsprechende Aufrufe erlassen und beteiligen sich an der Aktion. Die teilnehmenden Kommunen sperren ihre Zentren für die Dauer dieses Tages für den gesamten motorisierten Verkehr oder gestalten autofreie Zonen, wie beispielsweise die Stadt Paris.

Die Innenstadt-Bereiche vieler Städte werden auf diesem Wege für einige Stunden autofrei gehalten. Dies wirkt sich nicht allein positiv auf die Luftqualität vor Ort aus, sondern steigert auch die Aufenthaltsqualität für Fuß- und Radverkehr.

Für die Stadt Berlin soll geprüft werden, welche Straßen oder Straßenabschnitte sich an diesem Tag autofrei gestalten lassen. In engere Betrachtung sollte hierbei u.a. die Friedrichstraße oder der Kurfürstendamm kommen.

Gerade Berlin als bundesdeutsche Hauptstadt hat die besondere Verantwortung, auf die Zusammenhänge zwischen Klimawandel und Verkehrsmittelwahl aufmerksam zu machen und mit einem regelmäßigen autofreien Tag am 22. September jeden Jahres ein Zeichen zu setzen.

Dazu gehört auch die Idee eines „fahrscheinlosen ÖPNV“, um den Umstieg vom motorisierten Individualverkehr auf den Öffentlichen Personennahverkehr zu fördern. Diese Idee wird bereits in einigen Städten und Gemeinden in Europa umgesetzt. Auch die BVG hat bereits 2019 im Rahmen des autofreien Tages ein besonderes Angebot für die Fahrgäste bereitgestellt und das Einzelticket für einen ganzen Tag angeboten.

Die rot-rot-grüne Koalition hat sich im Koalitionsvertrag darauf verständigt, eine Machbarkeitsstudie in Auftrag zu geben, um die Einführung einer Nahverkehrsabgabe/Infrastrukturabgabe für Berlin und das Tarifgebiet des VBB, die Einführung einer solidarischen Umlagefinanzierung im ÖPNV in Berlin und im Tarifgebiet des VBB und die Übernachtungspauschale für Gäste getrennt voneinander zu untersuchen. Nach Auswertung der Ergebnisse der wirtschaftlichen und rechtlichen Untersuchungen wird die Koalition erste Maßnahmen umsetzen.

Ein „fahrscheinloser ÖPNV“ wird letztlich nur im Prozess realisiert und nicht von heute auf morgen eingeführt werden können. Für die Umsetzung eines „fahrscheinlosen ÖPNV“ muss der öffentliche Verkehr barrierefrei, dichter, besser, einfacher, verlässlicher werden und Vorrang bekommen. Durch einen „fahrscheinlosen Tag“ kann das Land Berlin wertvolle Erkenntnisse für die weitere Umsetzung dieses langfristigen Projekts gewinnen.

Berlin, den 25. Februar 2020

Saleh Schopf Buchholz Spranger
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
der SPD

Bluhm U. Wolf Ronneburg
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke

Kapek Gebel Moritz
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen